

Aus den Verhandlungen des Regierungsrates

Entscheid über Beteiligung an neuer Airline noch offen

Der Regierungsrat hat eine erste Aussprache über den Aufbau und die Finanzierung der neuen Schweizerischen Fluggesellschaft durchgeführt. Entscheide über eine finanzielle Beteiligung an der neuen Gesellschaft hat er heute keine gefällt, weil nach Auffassung des Regierungsrates noch nicht alle für eine abschliessende Beurteilung erforderlichen Fakten auf dem Tisch liegen. Insbesondere möchte die Regierung die Gespräche im Rahmen der Finanzdirektoren-Konferenz abwarten, welche sich auch Gedanken über eine mögliche Aufschlüsselung des den Kantonen zugedachten Aktienpakets machen wird. Mit einem Entscheid des Regierungsrates ist an einer der nächsten Sitzungen zu rechnen.

Neue Abteilung für besondere Delikte beim Untersuchungsrichteramt

Der Regierungsrat strebt eine personelle und fachliche Verstärkung des seit längerem überlasteten Untersuchungsrichteramtes an. Das Amt ist seit geraumer Zeit nicht mehr im Stande, alle Geschäfte innert angemessener Frist zu behandeln. Die Überlastung ist hauptsächlich zurückzuführen auf die deutliche Zunahme der Neueingänge, die nun schon vier Jahre dauernde Beanspruchung eines Untersuchungsrichters ausschliesslich für die Bearbeitung eines Falles mutmasslicher Wirtschaftskriminalität und die Erhöhung des Arbeitsaufwandes pro Fall als Folge des Ausbaus der Beschuldigtenrechte.

Mit einer neu zu schaffenden "Abteilung für besondere Delikte" soll das Untersuchungsrichteramt zum einen personell verstärkt werden, indem die Zahl der ordentlichen Untersuchungsrichter von bisher vier auf fünf erhöht wird, wie der Regierungsrat in seiner zuhanden des Grossen Rates verabschiedeten Vorlage zur Änderung des Dekrets über das Untersuchungsrichteramt festhält. Das Amt soll aber auch fachlich verstärkt werden, damit es künftig in der Lage ist, auch komplexe Vermögensdelikte innert vertretbarer Frist erledigen zu können. Der bzw. die zusätzliche, speziell ausgebildete Untersuchungsrichter bzw. -richterin wird schweremässig besondere Fälle im Bereich der Wirtschaftskriminalität und der organisierten Kriminalität bearbeiten. Dabei soll ihm bzw. ihr neben einem Sekretariatspensum auch eine Fachperson aus dem Gebiet des Rechnungswesens zur Verfügung stehen. Diese Fachperson wird sowohl polizeiliche Ermittlungs- als auch spezifische Untersuchungsaufgaben zu erfüllen haben.

Die Verstärkung des Untersuchungsrichteramtes führt zu zusätzlichen Besoldungs- und Sozialkosten von rund 375'000 Franken. Allerdings werden sich bei den Stellvertretungskosten Entlastungen ergeben. Angesichts der Überlastung des Untersuchungsrichteramtes sollte die Neuorganisation wenn möglich Anfang, spätestens aber Mitte 2002 eingesetzt werden können. Dabei wird es in einer Übergangszeit bis Mitte 2003 noch unumgänglich sein, den Einsatz ausserordentlicher Untersuchungsrichter zum Abbau der Pendenzen weiterzuführen. Danach wird sich die jährliche Nettomehrbelastung auf rund 125'000 Franken belaufen.

Gleichzeitig mit der Änderung des Dekrets über das Untersuchungsrichteramt wird das Dekret über die Staatsgebühren im Strafverfahren angepasst. Die bisherigen Höchstbeträge werden - vor allem im Hinblick auf die aufwändigen Verfahren im Bereich der Wirtschaftskriminalität - deutlich angehoben.

Personelles

Als Hauptlehrer am Berufsbildungszentrum Schaffhausen werden auf den 1. Januar 2002 Bruno Rapold, Schaffhausen, und Renato Mascherin, Diessenhofen, gewählt.

Amtsjubiläen

Der Regierungsrat spricht Dr. Edgar Lienhardt, Chefarzt Rheumatologie am Kantonsspital, und Alicia Moreno, Hausangestellte am Kantonsspital, die am 1. November 2001 bzw. am 8. November 2001 das 25-jährige Amtsjubiläum begehen können, seinen Dank für ihre bisherige Tätigkeit im Dienste der Öffentlichkeit aus.

Schaffhausen, 23. Oktober 2001, Staatskanzlei Schaffhausen